



Detailansicht des Registereintrags

Amnesty International Deutschland e.V.

Stand vom 30.06.2025 16:40:53 bis 08.09.2025 12:20:07

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|--|
| Registernummer: | R003916 |
| Ersteintrag: | 30.03.2022 |
| Letzte Änderung: | 30.06.2025 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 30.06.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Nichtregierungsorganisation (NGO) |
| Kontaktdaten: | Adresse: Sonnenallee 221 C 12059 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49304202480 E-Mail-Adressen: info@amnesty.de Webseiten: www.amnesty.de |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit,
Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

660.001 bis 670.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

13,86

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Wassily Nemitz**
Funktion: Mitglied des geschäftsführenden Vorstands
2. **Lisa Nöth**
Funktion: Mitglied des geschäftsführenden Vorstands
3. **Andreas Schwantner**
Funktion: Mitglied des geschäftsführenden Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (45):

1. **Dr. Julia Katharina Duchrow**
2. **Ruth Jüttner**
3. **Beate Streicher**
4. **Franziska Ulm-Düsterhöft**
5. **Katja Müller-Fahlbusch**
6. **Katharina Masoud**
7. **Maja Liebing**
8. **Dipl. Jur. Paula Zimmermann**
9. **Lena Rohrbach**
10. **Sophie Scheytt**
11. **Theresa Bergmann**
12. **Franziska Vilmar**
13. **Dr. Benjamin Stachursky**
14. **Christian Mihr**
15. **Philipp Krüger**
16. **Dr Barbara Neppert**
17. **Dr Mathias John**
18. **Gabriele Stein**
19. **Andreas Fulda-Hesselbarth**
20. **Dr. Clara Braungart**
21. **Sigrid Krieg**
22. **Prof. Dr. Dirk Pleiter**

23. Dorothee Baldenhofer

Tätigkeit:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

24. Dr. Felix Haug

25. Katja Nübler

26. Esther Hoffmann

27. Christa Rahner-Göhring

28. Lukas Granrath

Tätigkeit bis 12/21:

Juristischer Sachbearbeiter

im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) oder dessen Geschäftsbereich

29. Ruth Oelgeklaus

30. Rupert Haag

31. Martina Liedke

32. Dr. Michael Gottlob

33. Dr. Tobias Gehring

34. Dr. Mariel Reiss

35. Jovanka Worner

36. Sven Georg Rauschmann

37. Judith Hoffmann

38. Abschira Kontny

39. Ella-Olina Krützfeld

40. Dr. Genia Findeisen

41. Elisabeth Pohlgeers

42. Claudia Kolarski

43. Annemarie Willjes

44. Carmen Traute

45. Christoffer Horlitz

Gesamtzahl der Mitglieder:

33.945 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (4):

1. Trägerverein des Deutschen Instituts für Menschenrechte
2. Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“
3. Forum Menschenrechte (FMR)
4. Informationsverbund Asyl und Migration

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (11):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Religion /Weltanschauung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Ziel von Amnesty International ist eine Welt, in der alle Menschen die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsdokumenten festgeschriebenen Rechte genießen. Um dieses Ziel zu erreichen, führt Amnesty International Ermittlungsarbeit und Aktionen durch, um schwerwiegende Verletzungen dieser Rechte zu verhindern und zu beenden.

Amnesty International ist eine internationale Gemeinschaft von Menschen, die die Menschenrechte verteidigen, deren Grundprinzipien internationale Solidarität, wirksame Aktionen für das einzelne Opfer, globales Handeln, Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie Demokratie und gegenseitiger Respekt sind.

Amnesty International wendet sich an staatliche, zwischenstaatliche und nichtstaatliche Akteure, Unternehmen und an bewaffnete politische Gruppen. Amnesty International strebt eine sorgfältige, schnelle und beharrliche Aufdeckung von Menschenrechtsverstößen an. Die Organisation untersucht Menschenrechtsverstöße systematisch und unparteiisch sowohl in Einzelfällen, als auch dann, wenn in ihnen ein Muster erkennbar wird. Die Ergebnisse dieser Ermittlungen werden veröffentlicht.

Mitglieder, Unterstützende, Mitarbeitende von Amnesty International fordern die Öffentlichkeit auf, Druck auf Regierungen und andere Verantwortliche auszuüben, um die Verstöße zu stoppen. Neben ihren Aktionen gegen spezifische Menschenrechtsverletzungen appelliert Amnesty International an alle Regierungen, rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten, Menschenrechtsdokumente zu ratifizieren und einzuhalten. Des Weiteren führt Amnesty International umfassende Programme auf dem Gebiet der Menschenrechtsbildung durch und fordert zwischenstaatliche Organisationen, Einzelpersonen und alle gesellschaftlichen Gruppen

auf, die Menschenrechte zu fördern und zu respektieren.

Um diese Ziele auf politischer Ebene konkret durchzusetzen steht Amnesty International im direkten Austausch mit einzelnen Abgeordneten und Regierungsvertreter*innen per Anschreiben oder persönlichen Gesprächen, schickt Sachverständige in (öffentliche) Anhörungen, organisiert parlamentarische Frühstücke oder andere Formate im Austausch mit Bundestagsausschüssen oder reicht Stellungnahmen zu politischen Vorhaben ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Abschaffung der §§ 218 - 219b StGB

Beschreibung:

Forderung nach Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, inkl. Streichung des § 218 f

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13775 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

2. Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Beschreibung:

Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag vereinbart, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte auszusetzen, zunächst für zwei Jahre. Ausnahmen soll es in eng begrenzten Konstellationen für sogenannte Härtefälle geben. Das Aufenthaltsgesetz soll geändert werden:

1. In § 1 Absatz 1 Satz 1 wird nach der Angabe „Steuerung“ die Angabe „und Begrenzung“ eingefügt.

2. §104 Absatz 14 wird durch den folgenden Absatz 14 ersetzt:

(14) „Bis zum Ablauf des [Datum des Tages und Monats der Verkündung dieses Gesetzes sowie die Jahreszahl des zweiten auf die Verkündung folgenden Kalenderjahres] wird ein Familiennachzug nach § 36a zu einer Person, der eine Aufenthaltserlaubnis nach §25 Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative erteilt worden ist, nicht gewährt. Die §§22 und 23 bleiben unberührt.“

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP)
[alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

3. **Antrag der Fraktion der CDU,CSU: Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden: Sexkauf bestrafen**

Beschreibung:

Menschenrechtliche Perspektive auf die Kriminalisierung von Sexkauf: Entkriminalisierung stattdessen nötig.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10384 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

4. **Entschließungsantrag: Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken**

Beschreibung:

Die Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht, der am 7. November 2024 auch als Resolution dort verabschiedet wurde. Erklärtes Ziel war der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und eine effektivere Bekämpfung von Antisemitismus. Der verfehlt dieses Ziel aus unserer Sicht jedoch nicht nur, sondern lässt darüber hinaus schwerwiegende Verletzungen von Grund- und Menschenrechten und eine erhebliche Rechtsunsicherheit befürchten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13627 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken

Betroffenes geltendes Recht:

VersammlG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

5. **Keine unverhältnismäßigen Eingriffe in Menschenrechte bei Verbesserung der Terrorismusbekämpfung und inneren Sicherheit**

Beschreibung:

Neue Maßnahmen der inneren Sicherheit dürfen nicht die Menschenrechte verletzen, u.a. sollte von Einführung der Befugnis des biometrischen Datenabgleichs mit dem Internet für BAMF und Polizeibehörden abgesehen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12806 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12805 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

23.680.001 bis 23.690.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.740.001 bis 1.750.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Amnesty_International_Testat2024.pdf